

IQ-Kongress 2014

Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien – Fachkräftesicherung oder Armutszuwanderung

Sozial- und arbeitsrechtliche Problemfelder von Beschäftigten aus Osteuropa

Dominique John (Projektleiter von Faire Mobilität)

Projekt „Faire Mobilität“ - Hintergrund

- Laufzeit: 4 Jahre
- Ziele
 - Erstellung einer Expertise zu **Beschäftigungsformen von osteuropäischen EU-Bürgern/innen** auf dem deutschen Arbeitsmarkt und zur **Beratungssituation** in Deutschland
 - Entwicklung und **Erstellung von Bildungsmaterialien für Gewerkschaften**
 - Entwicklung von **Informationsmaterialien** für aus dem Ausland kommende EU-Bürger/innen zu ihren Arbeitsrechte
 - Aufbau und Betrieb von **sechs Beratungsstellen für Beschäftigte aus MOL**

Beratungsstellen

Frankfurt

Start: Oktober 2011
Partner: Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW)
Schwerpunkt: Baugewerbe und Gebäudereinigung
Sprachen: Rumänisch, Polnisch, Englisch, Deutsch

Berlin

Start: November 2011
Partner: Beratungsstelle für entsandte Beschäftigte (Arbeit und Leben)
Schwerpunkt: Pflege
Sprachen: Polnisch, Englisch, Deutsch, Kroatisch/Serbisch

München

Start: September 2012
Partner: Informationszentrum Migration der Stadt München (Arbeiterwohlfahrt München)
Schwerpunkt: grenzüberschreitende Leiharbeit und Entsendung
Sprachen: Bulgarisch, Deutsch

Hamburg

Start: Mai 2012
Partner: Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit der Stadt Hamburg (Arbeit und Leben)
Schwerpunkt: Fleischindustrie, Hotel- und Gaststättengewerbe
Sprachen: Polnisch, Deutsch

Stuttgart

Start: Februar 2013
Partner: Katholische Betriebsseelsorge Stuttgart
Schwerpunkt: Transport und Logistik
Sprachen: Polnisch, Englisch, Kroatisch/Serbisch, Deutsch

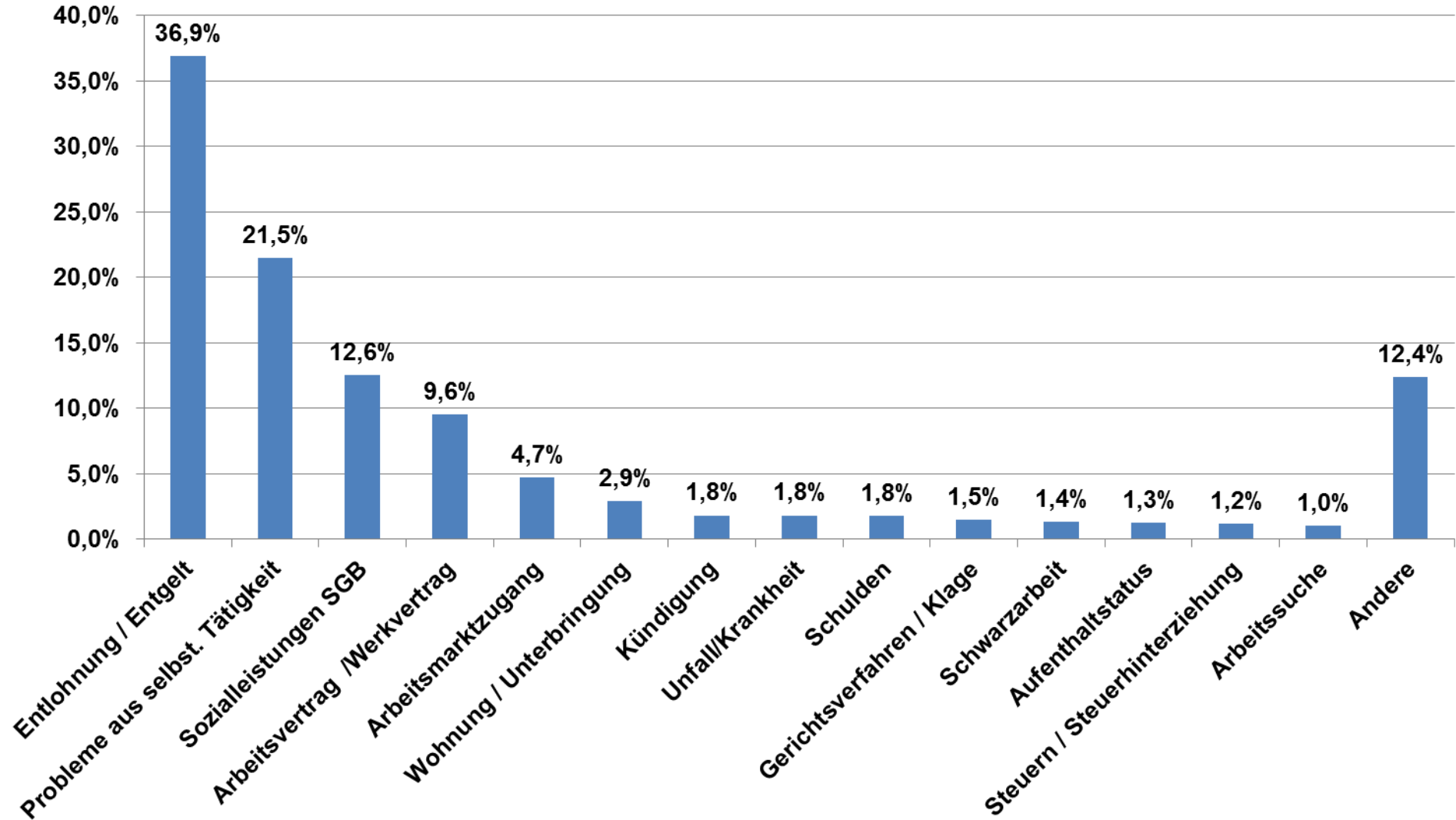
Dortmund

Start: März 2013
Partner: Gestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW
Schwerpunkt: industrienaher Dienstleistungen
Sprachen: Rumänisch, Ungarisch, Englisch, Deutsch

Wer kommt zu den Beratungsstellen?

- Mobile Beschäftigte, die sich **kurz- oder mittelfristig** in Deutschland aufhalten um zu arbeiten
- **Sprechen häufig kein oder wenig Deutsch**
- Es herrschen folgende Beschäftigungsformen vor:
 - Entsandte Beschäftigte
 - Grenzüberschreitende Leiharbeiter/innen
 - Werkvertrags-Beschäftigte
 - Selbständige/Scheinselbständige

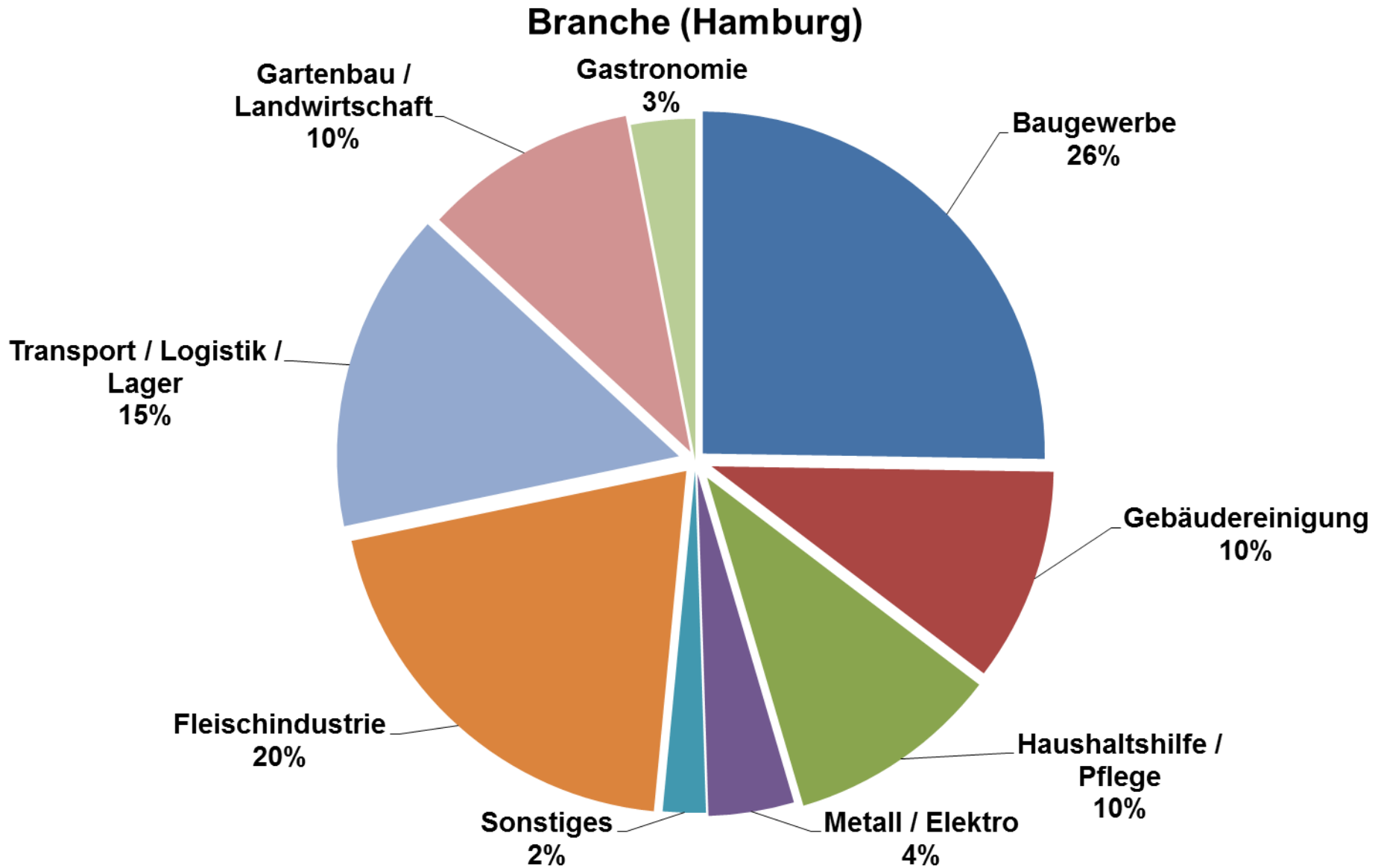
Grund des Aufsuchens nach Personen



Einige typische Fallkonstellationen?

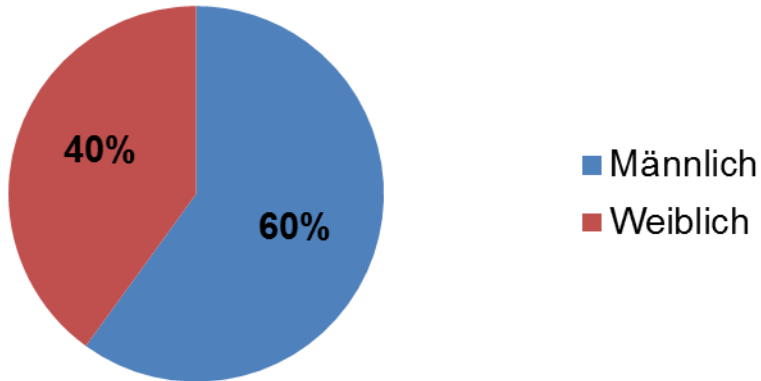
- Entsandte Beschäftigte arbeiten in Deutschland und werden **zum Mindestlohn des Herkunftslandes** entlohnt. Dazu kommen **intransparente Pauschalen** (Bsp. steuerfreie Tagegelder); es werden **überhöhte Kosten für Unterbringung und Verpflegung** in Rechnung gestellt
- Beschäftigte werden **ohne ihr Wissen als Selbständige gemeldet**, haben dann **häufig keine Krankenversicherung**, das ganze Risiko liegt bei ihnen
- Ausländische Arbeitnehmer/inne arbeiten für **deutsche Zeitarbeitsfirmen**. Sie bekommen die **verleihfreie Zeit nicht bezahlt**, bei Vertragsauflösung wird der **letzte Monatslohn einbehalten**.
- Vor allem im Transportgewerbe: LKW-Fahrer/innen **bekommen die ihnen zustehenden Spesengelder nicht ausbezahlt**
- Zustehende **Löhne werden nur zum Teil ausbezahlt**. Unternehmer rechnen damit, dass die Beschäftigten aufgeben und von selber gehen.

Beratungsaufkommen nach Branchen (Alle)

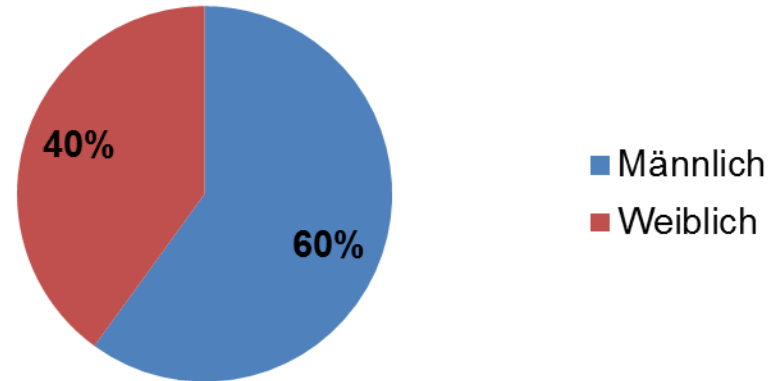


Beratungsaufkommen nach Geschlecht

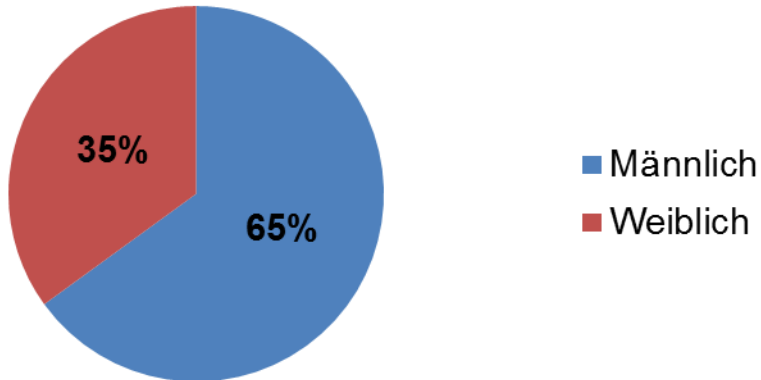
Geschlecht (München)



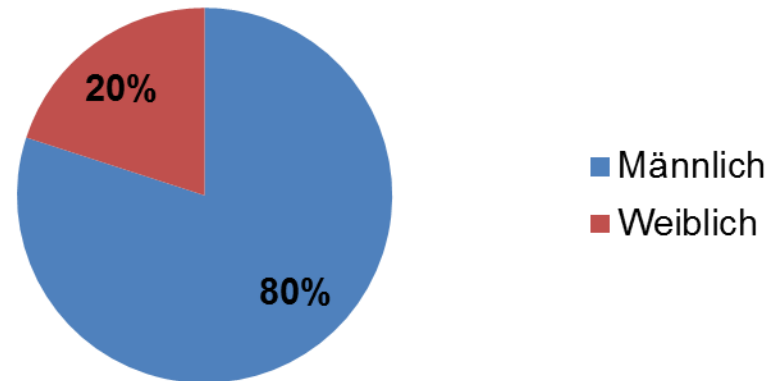
Geschlecht (Berlin)



Geschlecht (Hamburg)



Geschlecht (Frankfurt)



Was können die Beratungsstellen leisten?

Informationen über grundlegende Rechte

Mindestlöhne (falls vorhanden), Lohnwucher, Recht auf Bezahlung von Überstunden; Recht auf Urlaub und freie Tage, etc

Außergerichtliche Klärungsversuche über Ansprache an die Arbeitgeber, zum Teil in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Aufbau von öffentlichem Druck

Herbeiführung gerichtlicher Klärung

Rechtsschutz über Gewerkschaften

Vermittlung von Rechtsanwältinnen/innen

Forderungen/Empfehlungen

- Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn
- Ausweitung und konsequente Anwendung der Generalunternehmerhaftung
- Bessere Kontrolle von Arbeitsbedingungen und von der Einhaltung von Mindeststandards
- Erstellung und Verteilung von besseren Informationsmaterialien über grundlegende Rechte in den Sprachen der mobilen Beschäftigten
- Eigenständiges Recht auf Beratung für mobile Beschäftigte
- Verteilung entsprechender Informationen schon in den Herkunftsländern und Entwicklung von Internet-Kampagnen zur Information